

Entschließungsantrag **der Fraktion der SPD**

zum Bericht zur Lage der Nation 1988 im geteilten Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag erklärt:

1984 haben die Fraktionen der SPD, CDU/CSU und FDP einen gemeinsamen Entschließungsantrag zum Bericht zur Lage der Nation vorgelegt. Die in diesem Antrag formulierten Grundsätze gelten fort.

Der Deutsche Bundestag bekräftigt, daß das Selbstbestimmungsrecht den Deutschen ebenso zusteht wie anderen Nationen. Heute kann nicht vorweggenommen werden, für was sich das Deutsche Volk in Ausübung seines Selbstbestimmungsrechts entscheiden wird. Ziele bleiben Frieden und eine politische Ordnung, die den Menschen Freiheit garantiert.

Der Schwerpunkt der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten ist ihr Beitrag zur Festigung des Friedens in Europa und zwischen den Blöcken. Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR müssen in ihrer Verantwortungsgemeinschaft, jede auf ihrer Seite und gegenüber ihren Bündnispartnern, darauf hinwirken, Spannungen zwischen Ost und West zu verringern, Mißverständnisse zu vermeiden und konkrete Abrüstungsschritte zu fördern. Beide deutsche Staaten müssen ihre Handlungsmöglichkeiten zu diesem Zweck ausschöpfen und erweitern. Das Zusammenwirken der beiden deutschen Staaten soll einer Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West dienen.

Diese Aufgabe gewinnt immer mehr Bedeutung angesichts der veränderten internationalen Lage, die weitere Abrüstungsschritte und Entspannungsbemühungen möglich macht.

In diesem Rahmen kommt es darauf an, daß die Grenzen in Europa ihren trennenden Charakter verlieren. Bundeskanzler Kohl und SED-Generalsekretär Honecker haben am 12. März 1985 erklärt: Die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen sind eine grundlegende Bedingung für den Frieden.

Diese Grundsätze gelten auch für die praktische Deutschlandpolitik.

Die deutsch-deutschen Beziehungen treten gegenwärtig in eine neue Phase. In einer Zeit, in der die Ost-West-Beziehungen insgesamt auf eine neue Grundlage gestellt werden, ist eine neue Qualität der Beziehungen möglich. Dabei sind viele praktische Fragen zu regeln. Ein gutes Beispiel ist der Umweltschutz. Hier kommt es darauf an, ein Gesamtkonzept für die Zusammenarbeit auf allen Feldern des Umweltschutzes zu entwickeln und durchzuführen. Der Deutsche Bundestag begrüßt es, daß für das kommende Jahr Gespräche über die Reinhaltung der Elbe vereinbart sind.

Der Reiseverkehr zwischen beiden deutschen Staaten hat in erfreulichem Maße zugenommen. Es gilt, den Reiseverkehr nach dem Grundsatz, daß menschliche Begegnungen auch friedenssichernd wirken, weiter auszubauen. Die dabei entstehenden Probleme, wie z. B. die Finanzierbarkeit, sollten im Einvernehmen mit der DDR geregelt werden.

Der Deutsche Bundestag tritt für weitere Städtepartnerschaften zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR ein. Begegnungen im Rahmen von Städtepartnerschaften sollten allen interessierten Gruppen der jeweiligen Bevölkerung ermöglicht werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, wo notwendig, im Rahmen des Möglichen finanzielle Hilfen zu leisten. Dies gilt auch für den Kulturaustausch, der nach dem Abschluß des Kulturabkommens einen immer größeren Umfang erreicht.

Die Aufgaben der deutsch-deutschen Grenzkommision sollten möglichst bald zum Abschluß gebracht werden.

Die Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen dem Deutschen Bundestag und der Volkskammer der DDR entspricht dem Ziel des Dialogs auf allen Ebenen und kann erheblich zur Verständigung zwischen beiden Staaten beitragen. Solche Beziehungen sollten endlich aufgenommen werden.

Der offene Dialog zwischen dem Staat und seinen Bürgern ist für die Weiterentwicklung auch der DDR-Gesellschaft unverzichtbar. Zu einer europäischen Friedensordnung gehört das Ringen um die Verwirklichung individueller und sozialer Menschenrechte.

Das Viermächte-Abkommen hat die Lage Berlins entscheidend verbessert. Seine Möglichkeiten sind jedoch nicht annähernd ausgeschöpft. Berlin (West) steht vor der Chance und Herausforderung, sein wissenschaftliches, wirtschaftliches und kulturelles Potential in den Dienst einer Politik der gegenseitigen Öffnung und Zusammenarbeit zwischen EG und RGW und besonders zwischen den beiden deutschen Staaten zu stellen. Damit kommt Berlin (West) seinem Ziel näher, all die vielfältigen Beziehungen, die jede große Stadt mit ihrem Umland verbinden, schrittweise wieder herzustellen.

Die Deutschland- und Berlin-Politik muß sich auf die sich ändernden internationalen Gegebenheiten einstellen. Die vom sowjeti-

schen Generalsekretär Gorbatschow eingeleitete Öffnung nach dem Westen, bedeutet eine Chance, von der Konfrontation zur Kooperation zu kommen. In diesem Rahmen muß die Deutschlandpolitik eingebettet werden.

Bonn, den 30. November 1988

Dr. Vogel und Fraktion

